Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/263

19. 01. 95

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

Lage in Tschetschenien

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag ist über die bedrohliche Entwicklung der Lage in Tschetschenien tief besorgt und bestürzt. Er bestreitet nicht das Recht der Russischen Föderation, ihre territoriale Integrität in dem von der russischen Verfassung vorgegebenen Rahmen und unter Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte, der KSZE-Prinzipien und anderer Regeln, zu deren Einhaltung sie sich bindend verpflichtet hat, zu wahren, aber das russische Vorgehen in Tschetschenien stellt eine schwere Verletzung der Prinzipien der OSZE, der Bestimmungen des Wiener Dokuments 1992/1994 über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen der KSZE und der Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen dar. Die Gewaltanwendung, die Mißachtung von Menschenrechten und der willkürliche und schrankenlose Einsatz militärischer Gewalt sind unvertretbar. Die Militäreinsätze in Tschetschenien erschüttern das Vertrauen in den Demokratisierungsprozeß der Russischen Föderation.

Der Deutsche Bundestag beklagt die erschreckenden Verluste von Menschenleben, die Opfer und das Leiden der Zivilbevölkerung, die die kriegerischen Auseinandersetzungen in Tschetschenien verursacht haben.

Der Deutsche Bundestag unterstützt alle Bemühungen, Rußland mit allem Nachdruck aufzufordern, den begonnenen Dialog innerhalb der OSZE zügig auszubauen und alle Möglichkeiten der OSZE zur Bewältigung der Krise zu nutzen.

Der Deutsche Bundestag fordert die russische Regierung und die tschetschenischen Kämpfer auf, die Kampfhandlungen sofort und ohne Vorbedingungen einzustellen, das Blutvergießen zu beenden und eine politische Lösung des Konflikts zu suchen, die den berechtigten Interessen Rußlands wie der Bevölkerung Tschetscheniens Rechnung trägt.

Nur eine solche Lösung kann Gefahren für den Reformprozeß, die Demokratisierung und die Stabilität der gesamten Region aus-

schließen, nur ein demokratisches Rußland wird ein enger Partner Deutschlands, der EU und der NATO bleiben können.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Unterstützung für die russischen Demokraten, die sich für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

Deutschland will Partner und Freund Rußlands bleiben.

Bonn, den 19. Januar 1995

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Rudolf Scharping und Fraktion

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333